

Redebeitrag zum Haushalt 2010 - 27. April 2010  
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
meine Damen und Herren,

dass alle – ich wiederhole – alle Kommunen in Deutschland vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen stehen, ist hinreichend bekannt, dass es bis jetzt keine akzeptablen Lösungsansätze gibt - auch.

Der Bund beschließt Maßnahmen, die Länder folgen, nicht ohne sich vorher eventuell bei den Zuschüssen bedient zu haben und geben den schwarzen Peter, nämlich die gesamte Finanzierung, an die Städte und Gemeinden weiter.

Auch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise schlägt voll auf die Kommunen durch. Nicht nur Gewerbesteuereintrübe sind zu verkraften (damit haben wir ja leidvolle Erfahrungen), nein auch die Einkommenssteuer geht in erheblichen Umfang zurück, weil Arbeitsplätze wegbrechen und in vielen Firmen Kurzarbeit angesagt ist. Was gestern noch sicher schien, hat sich heute schon in Luft aufgelöst.

Die seitherigen Finanzierungssysteme für Städte und Gemeinden tragen nicht mehr und Neue sind nicht in Sicht. Einen vernünftigen Ersatz für die Gewerbesteuer hat man noch nicht gefunden, obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise längst viele Firmen in eine schwierige Situation oder sogar in die Insolvenz geführt hat und in der Folge auch die Städte ins Trudeln geraten sind, in Nordrhein-Westfalen gibt es genügend Beispiele – aber Städte können ja bekanntlich noch nicht insolvent werden. Sindelfingen ist da keine Ausnahme.

### **Sindelfinger Situation**

Im Prinzip ist unsere Haushaltssituation die gleiche wie Anfang der neunziger Jahre. Wir alle, Gemeinderat und Verwaltung könnten uns Miss Sophies Aussage in „Dinner für one“ anschließen „The same pocedure as every year, James“.

Waren es seinerzeit noch Verlustvorträge, die von den Firmen in voller Höhe angerechnet werden konnten, ist es heute die Wirtschafts- und Finanzkrise,

- 2 -

sind es Absatzschwierigkeiten, keine Gewinne oder ähnliches, die den Städten zu schaffen machen und das Gewerbesteueraufkommen einbrechen lassen.

Damals wurde die Stadtbau für 10 Mio. DM an die Wohnstätte verkauft, der Bauhof aufgelöst und als Bauland an Ikea verkauft, für 10 Mio. Wohnungen am Goldberg verscherbelt und last but not least rd. 50 Mio. DM Schulden auf den Abwasserbetrieb transferiert. Rentierliche Schulden wohlgemerkt.

Heute sind wir wieder in einer ähnlichen Situation, nur das städtische Grundvermögen gibt nicht mehr so viel her. Wenn im Haushaltsplan für 2010 5 Mio. € für den Verkauf bebauter Grundstücke und 3,1 Mio. Euro für den Verkauf unbebauter Grundstücke vorgesehen sind, reicht das hinten und vorne nicht.

Auch die 3,8 Mio. Euro Kapital, die wir dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung entnehmen und dem städtischen Haushalt zuführen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir verlieren damit jedoch auch rd. 260 000,- Euro Zinsen jedes Jahr. Das ist eben dann die Kehrseite der Medaille.

Die Freien Wähler sind der Meinung, dass wir nicht mehr das Tafelsilber veräußern sondern bereits dabei sind, auch Tisch und Stühle zu verkaufen. Zu fragen ist, ob wir im Jahr 2011 noch einmal den Haushalt mit Verkäufen von bebauten oder unbebauten Grundstücken retten können. Wir Freien Wähler vermuten, dass dies mangels Masse so nicht mehr möglich ist.

Jede Stadt, auch die unsere ist ein lebendiger Organismus, der selbstverständlich dem gesellschaftlichen Wandel unterliegt und nicht nur die Bedürfnisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen berücksichtigen muss, sondern für alle da zu sein hat von 0 – 100 wenn man's genau nimmt.

## **Was also ist zu tun?**

Wir sind immer wieder perplex, wenn wir feststellen müssen, dass das Thema Sparen - von Ausnahmen abgesehen - in den Köpfen der Menschen entweder noch lange nicht angekommen ist oder aber schnell wieder verdrängt wird.

Sparen bedeutet Verzicht auf lieb gewordenes. Abschied nehmen von Steckenpferden und so schwer es auch fällt, das Schließen der einen oder anderen Einrichtung.

Wir werden immer wieder mitleidig belächelt, wenn wir sagen – sparen aber

- 3 -

bitte auch bei kleinen Dingen. Man verweist auf die großen Würfe, auf strukturelle Änderungen und dass sich der Kleinkram nicht lohne. Aber bekanntlich macht Kleinvieh eben auch Mist und der große Wurf lässt auf sich warten.

Sparen bedeutet aus Sicht der Freien Wähler z.B.

- dass auch unser Oberbürgermeister auf den einen oder den anderen Mitarbeiter verzichtet und dem Wahlvolk würde es sicher sehr viel besser gefallen, wenn er seinen Dienstwagen häufiger selbst durch die Stadt lenken würde, so dass kein zweiter Fahrer notwendig wäre;
- oder dass Schulen und Kitas selbstverständlich die notwendige bauliche Infrastruktur bekommen, die sie zu einem geordneten Ablauf brauchen, aber ab sofort auf weitere Goldrandlösungen verzichtet wird; gerne hätten wir es auch gesehen, wenn die Schulen auf dem Goldberg mit **einer** gemeinsamen Mensa ausgekommen wären;
- oder, dass wir nicht bei jeder neuen Überlegung aus dem Kultusministerium - ich erinnere nur an das Thema Brennpunktschulen – sofort in voreuseilendem Gehorsam sämtliche Forderungen erfüllen, die zwei Jahre später bereits wieder Makulatur sind. Wir sind sehr gespannt, ab wann die sechsjährige Grundschule eingeführt wird, die dann unsere heutigen Planungen wieder alle über den Haufen werfen wird;

Ironischerweise muss man anmerken, dass man in Stuttgart mit geradezu atemberaubenden Tempo erkannt hat, dass Hauptschüler ein Riesenproblem bei der Suche nach Lehrstellen haben und dass Ausbildungsbetriebe häufig Realschüler oder sogar Abiturienten bevorzugen. Ob die Einführung von Werkrealschulen das Problem lösen wird, muss abgewartet werden.

Zu der Aufgabe des Hauptschulstandortes Kloostergarten ist aus finanzieller Sicht nur zu sagen, dass wir ab dem Jahr 2013 diesen Zuschussbedarf von 256 900,- Euro im Verwaltungshaushalt nicht mehr haben werden. Dafür wird er sich zumindest teilweise auf die beiden anderen Werkrealschulen verlagern. Jeden anderen Kommentar halten wir in der augenblicklichen Situation nicht für angebracht. Es ist uns aber wichtig, dass wir die soziale Situation im Auge behalten.

Welche Investitionskosten auf uns zukommen werden, sollte die Realschule Eschenried tatsächlich in den Kloostergarten umziehen, lässt sich aus heutiger Sicht sicher noch nicht beziffern.

- 4 -

Dass der größte Ausgabeposten im Verwaltungshaushalt die Umlagen mit 47,1 Mio. € sind, nehmen wir zähneknirschend zur Kenntnis. Gefolgt vom sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 40,9 Mio. €.

Und doch sind es immer wieder die Personalkosten von 38 Mio. €, die einen Riesenbatzen im städtischen Haushalt ausmachen. Trotz Krankenhausfusion, trotz Auslagerung der Jugendhäuser in den Stadtjugendring, der Mitarbeiter des Glaspalastes in einen Verein, des Betriebs der Stadtteilbibliotheken und der beiden Bäder in Maichingen und im Klostergarten durch Ehrenamtliche sind die Personalkosten stetig gestiegen.

Wenn wir im Zuge des Konsolidierungsprozesses daran gehen und den ganzen Bereich der Gebäudereinigung auslagern, was uns Freien Wählern nicht gefällt, haben wir zwar weniger Personalkosten aber die endgültige Lösung haben wir immer noch nicht, denn die Kosten werden nur verlagert und wir haben bei der Maßnahme auch noch ein schlechtes Gewissen.

Selbstverständlich braucht unsere Stadt eine schlanke, effizient arbeitende Verwaltung, die ein reibungsloses Zusammenleben organisiert und einen optimalen Service für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert, aber sie muss auch personell so ausgestattet sein, dass dies möglich ist. Aus unserer Sicht sollte man sich im wesentlichen auf das Kerngeschäft konzentrieren.

Wenn man das Papier von Rödl & Partner zu Rate zieht, stellt man erstaunt fest, dass die Reorganisation der Stadtverwaltung, die 850 000,--€ bringen sollte, lediglich mit einem Prüfauftrag versehen ist, aber sonst eine wunderschöne Null hat.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgenden Antrag: Für den Gemeinderat ist es praktisch unmöglich, die Veränderungen des Stellenplans in der jetzigen Form nachzuvollziehen. Wir bitten daher die Systematik so zu ändern, dass nicht besetzte Stellen, die als Leerstellen vorgehalten werden müssen und Teilarbeitsplätze explizit ausgewiesen werden.

## Investitionen

Wir haben trotz mangelnder Einnahmen viel vor und wollen im laufenden Haushaltsjahr 12 Mio. € für Investitionen ausgeben. Auch daran machen wir Freien Wähler ein Fragezeichen, obwohl diese Investitionen hauptsächlich in den Schulbereich fließen sollen. Solange zu wenig Geld in die Kasse fließt, sollte man sich jede Investition dreimal überlegen, ehe man sie in Angriff nimmt und sie über Kredite zu finanzieren halten wir ohnehin für fragwürdig. Es tut schon gewaltig weh, wenn man im Haushalt nachlesen kann, dass wir jedes Jahr 1 Mio. € an Zinsen für Kredite aufzubringen haben. Man darf sich gar nicht ausmalen, was man mit 1 Mio. € in der Kasse alles bezahlen könnte.

- 5 -

## **Konsolidierungspaket**

Die beiden ehemaligen Wirtschaftsprofessoren Giebler und Kölz haben im Auftrag der Verwaltung genau das gemacht, was wir im Gemeinderat vor Jahren auch schon praktiziert haben, nämlich errechnet, was die Stadt ausgeben kann, wenn man von 35 Mio. € durchschnittlichen Gewerbesteuererinnahmen ausgeht. Herausgekommen ist die Tatsache, dass wir ein strukturelles Defizit von mindestens 7 Mio. € haben. Tendenz steigend. Das heißt, Jahr für Jahr geben wir für den laufenden Betrieb 7 Mio. € zu viel aus. Nachdem die Zuweisungen nach mangelnder Steuerkraft nun auch noch niedriger ausfallen, müssen wir inzwischen mit 10 Mio. € rechnen.

Zeitlich parallel dazu haben die Berater der Firma Rödl und Partner den Haushalt nach möglichen Einsparpotentialen durchforstet und 41 Einzelmaßnahmen herausgefiltert, bei denen sie Einsparpotentiale gesehen haben.

Das größte Einsparvolumen wurde mit 1,3 Mio. € und dem Wegfall von 71,64 Stellen bei der Reduzierung der Reinigungskosten errechnet. In welchem Zeitraum diese Reduzierung erfolgen soll und kann ist noch nicht festgelegt.

Doch der zweitgrößte und für uns immer noch sehr schwierige Punkt sind die Einsparpotentiale im Bereich der Kindertagesstätten. Blenden wir einmal kurz zurück. Rödl und Partner errechnet ein Einsparvolumen von 1,638 Mio. €. Ein unvorstellbarer Betrag, wenn man unterstellt, dass die Kindertagesstätten bis zu dem Zeitpunkt verantwortungsvoll und effizient geführt wurden. Um diese Summe zu relativieren, legt das Amt für soziale Dienste eine erste Alternative vor.

Erzieherinnen und Verwaltung stellen jedoch das Ergebnis in Frage. Es wird überprüft, neu gerechnet und nun ist das Einsparvolumen mehr als halbiert. Auch der Vorschlag des Amtes für soziale Dienste wird modifiziert. Damit könnten wir eigentlich zufrieden sein. Sind wir aber nicht. Wir wissen immer noch nicht, welche Zahlen diesem Ergebnis zugrunde gelegt wurden. Genau die Zahlen hätten wir gerne. Offenbar ist aber geplant, diese erst nach dem Konsolidierungsprozess zu erheben – das kann aber dauern.

Und die Stadt hat ein Programm für den Ausbau weiterer Kitas in Aussicht genommen, um die gesetzliche Vorgabe des Bundes 35 % der Kitaplätze für 0-3 jährige vorzuhalten, bis 2013 zu erfüllen. Dies zieht automatisch einen höheren Betreuungsschlüssel nach sich.

Aus dem Papier des Gesamtelternbeirats entnehmen wir, dass Springerinnen fehlen. Ein weiterer offener Punkt.

- 6 -

Sehr, sehr positiv ist bei uns die Bereitschaft der Eltern, die Vorschläge für den Kitabereich positiv zu begleiten, angekommen. Eine Gebührenerhöhung von 15 % über alles anzubieten, um die Qualität der Kitas zu erhalten, ist ein weiterer Pluspunkt. Uns ist es wichtig, dass wir das Angebot des Gesamtelternbeirats der Kindertagesstätten zur Zusammenarbeit auch annehmen. Den kleinen Schönheitsfehler, dass wir das Mittagessen bezuschussen übersehen wir dabei gerne.

Wir hätten es zu schätzen gewusst, wenn zumindest Teilergebnisse des Konsolidierungspakets bereits in den Haushalt 2010 hätten einfließen können. Leider ist dies nicht so. Lediglich die 100 000,- € Einsparung beim Abenteuerspielplatz Süd und die kleine Summe von 50 000,- € herausgeschwitzt aus den beiden Bädern Kloostergarten und Maichingen und dem Glaspalast, sowie die eingesparten 80 000,- € durch das Zuschütten des Nordbeckens schlagen bereits zu Buche. Für den Augenblick ein ziemlich mageres Ergebnis.

Die Verwaltung hat uns die Ergebnisse der Sparklausur jetzt in aktualisierter Form vorgelegt. Darin sind von den 41 Vorschlägen bereits 10 mit einer Null versehen. Der Vorschlag, eine große Anzahl Häuser, Grundstücke und auch 2 Personalstellen auf die Wohnstätte zu übertragen sind schon in Arbeit. Bleiben also 30 Vorschläge, über die wir noch einmal diskutieren sollten, ehe wir sie am 18. Mai beschließen werden. Jedenfalls behalten sich die Freien Wähler vor, Anträge zu diesen Sparvorschlägen zu stellen.

Unsere Thesen sind (*alles längst bekannt*):

1. Konsequenz nicht mehr ausgeben als wir einnehmen
2. Investitionen mit aller Vorsicht
3. Einnahmen erhöhen (*leichter gesagt als getan*)
4. Den Konsolidierungsprozess vorantreiben und überwachen, damit der anfängliche Eifer nicht erlahmt.

## Fazit

Ein weiter so wird es mit den Freien Wählern nicht geben. Wir wollen konkrete Aussagen von der Verwaltung, was wann und wie umgesetzt werden kann und welche Einsparpotentiale wann zum Tragen kommen. Eine Zeitschiene ist aus unserer Sicht zwingend. Dass rund 40 % unserer Einnahmen durch Umlagen wieder weggefressen werden, sollte uns nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen und nichts mehr zu tun. Dass bei Bund und Ländern offensichtlich die Erkenntnis noch nicht angekommen ist, dass

- 7 -

bankrotte Städte und Gemeinden auch den Staat in den Strudel reißen, ist fast makaber.

Sparen, sorgsam mit den weniger werdenden finanziellen Ressourcen umgehen und den Konsolidierungsprozess vorantreiben, dass w i r nicht ins Schlingern geraten, ist unser Resümee. *Aber wir müssen jetzt erst einmal die Griechen retten.*